Antrag Stadtparteitag

A3 NEU: Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren

Einreicher*innen (Ursprungsantrag): Gregor Clewing (SBV Süd), Tjark Delfs (BO Eisenbahnstraße), Clemens Elm (SBV Ost), Mara Luise Günzel (SBV West), Mathias Halbauer (SBV-Altwest), Marco Hamann (SBV Ost), Derya Kilicarslan (SBV Ost), Nils Knappik (SBV-Mitte), Moritz Reichel (SBV Ost), Vito Richter (BO Eisenbahnstraße), Nicolas Rother (SBV Ost), Jan Rottenbach (SBV Nordost), Alexander Schmidt (SBV Mitte), Tammo Thyselius (BO Eisenbahnstraße, SBV Ost), Christopher Berberich (SBV Altwest), David Zech (SBV Altwest), Uwe Fiedler (SBV Ost)

Unterstützer*innen: -

Antrag:

Der Stadtparteitag möge die nachstehende Resolution als Basis für die bevorstehende Debatte über die strategische Neuausrichtung der Partei verabschieden:

Die Partei konnte im Rahmen der letzten Bundestagswahl die Gefahr vor dem Versinken in der Bedeutungslosigkeit nicht nur abwenden, sondern sogar mit einem starken Ergebnis in den Bundestag einziehen. Diese Kehrtwende wurde möglich, da sich die Partei auf entscheidende Kernforderungen zugunsten der großen Mehrheit konzentrierte und diese in klarer Abgrenzung gegen die Politik der herrschenden Parteien formulierte: "Alle wollen regieren. Wir wollen verändern." Unterstrichen wurde diese Haltung durch den unermüdlichen Einsatz der Parteibasis. An zahllosen Infoständen und tausenden Haustüren wurde klar: Wir sind keine Partei wie alle anderen. Wir stehen unverbrüchlich an der Seite der Arbeitenden und Armen in diesem Land. Um in Zukunft an diesen Erfolg anzuknüpfen, braucht es eine weitere Schärfung unseres Profils als sozialistischer Partei. Dazu bedarf es eines klaren Bekenntnisses zur Überwindung des Kapitalismus, eine entschiedene Absage an die Mitverwaltung der Ausbeutung von Mensch und Natur und einen unmissverständlichen Kampf für die Interessen der Klasse der Lohnabhängigen und Armen in diesem Land.

Wir können diesen Kampf nicht für die Mehrheit führen, sondern nur gemeinsam mit ihr. Deshalb stellen wir uns hinter die Losung des im Mai durch den Bundesparteitag beschlossenen Leitantrags: "Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren." Sozialistische Politik beginnt nicht erst im Parlament. Die Macht für grundlegende Veränderung erwächst aus dem wachsenden Zusammenschluss der Lohnabhängigen in den Betrieben und Stadtvierteln und allen, die der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen wollen. Der Stadtverband wird deshalb die von der Bundespartei formulierte Strategie der organisierenden Klassenpartei fest in seine politische Praxis integrieren.

Das bedeutet zunächst eine klare Absage an Aufrüstung, Sozialabbau oder Steuersenkungen fürs Kapital und die Reichen. Wir stehen unverbrüchlich an der Seite der Lohnabhängigen und wehren uns gegen alle Angriffe gegen die durch die Arbeiter:innenbewegung in harten und ausdauernden Kämpfen errungenen sozialen Fortschritte. Nur wenn wir entschiedenen Widerstand gegen Sozialkürzungen, Angriffe auf die Rechte der Lohnabhängigen wie den 8-Stunden-Tag oder das Streikrecht und den Rüstungswahn organisieren, können wir das Vertrauen derjenigen gewinnen, auf die es für eine sozialistische Partei ankommt. Nur wenn wir gemeinsam mit all jenen einstehen, die alltäglich von Arbeitslosigkeit, der Dequalifizierung und Prekarisierung ihrer Arbeit bedroht sind und sie aktiv in die politische Arbeit unserer Partei einbinden, sind wir dabei

glaubwürdig. Erfolgreich kann dieser Widerstand nur werden, wenn er mit einer fortschreitenden Organisierung in den Betrieben, Krankenhäusern, Schulen und Stadtvierteln einhergeht.

Und nur so können wir auch den Rechtsruck nachhaltig bekämpfen. In der kapitalistischen Klassengesellschaft nähren sich Vorurteile und Ressentiments aus Unterdrückung, Frustration und Existenzangst. Der Aufstieg der extremen Rechten ist das Produkt einer Politik, die darauf zielt, alle Schranken für die kapitalistische Ausbeutung niederzureißen und die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu verschärfen. Damit hat die Politik aller anderen Parteien der AfD den Boden aus Prekarität, Abstiegsängsten und Entsolidarisierung bereitet. Wir können der AfD den Nimbus der Opposition nur streitig machen, wenn wir uns zu einer wirklichen Alternative entwickeln und als vorwärtstreibende sozialistische Kraft der herrschenden Politik eine klare Absage erteilen. Wir müssen eine Kraft werden, mit der Lohnabhängige tatsächlich für ein besseres, ein gutes und friedliches Leben kämpfen können. Hand in Hand im Parlament, in den Betrieben und auf der Straße.

Um uns als organisierende Klassenpartei in Leipzig in den kommenden Jahren zu verankern, werden wir uns an folgenden Zielsetzungen orientieren:

1. Keine Politik des „kleineren Übels“, sondern unmissverständlicher Widerstand gegen Sozialabbau, Aufrüstung und die fortlaufenden Angriffe auf unsere politischen Freiheiten – im Stadtrat, im digitalen Raum und auf der Straße.

2. Wir beteiligen uns aktiv an den Arbeitskämpfen im Zuge der Tarifrunde der Länder (TdL). Die besonders vom Kürzungshaushalt betroffenen Beschäftigten an den Universitäten und dem Leipziger Uniklinikum brauchen politische Unterstützung und eine klare Stimme an ihrer Seite.

3. Wir bauen unsere Verbindungen in die lokalen Gewerkschafts- und Betriebsratsstrukturen gezielt aus und unterstützen unsere Mitglieder in den Betrieben bei ihrer gewerkschaftlichen Arbeit.

4. Wir organisieren Mieter:innen-Gemeinschaften im Zuge der stadtweiten Mieter:innen-Kampagne.

5. Der Kampf gegen rechts bedeutet nicht nur Abwehr, sondern auch Aufbau. Wir müssen Inseln des Widerstands und Räume zum Aufbau konkreter Alternativen in Form von solidarischen, demokratischen und widerstandsfähigen Räumen und Infrastrukturen schaffen, um Ansätze aufzuzeigen, die über den Kapitalismus in seiner Gesamtheit hinausweisen.

Begründung:
Die vorliegende Neufassung des Antrags A3 „Rechtsruck bekämpfen – Hoffnung organisieren“ aus dem Materialienheft 1 ist das einstimmige Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Antragstellenden und den Änderungsantragstellenden zu ÄA3.1, ÄA3.2 und ÄA3.3 aus dem Materialienheft 2. Sie wird von allen (Änderungs-)Antragstellenden gemeinsam eingebracht.

Eine weitere Begründung erfolgt im Rahmen der Einbringung mündlich.